

SPD-NRW-CHEF GROSCHKEK ZIEHT SICH ZURÜCK

Wie die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung« berichtet, zieht sich Michael Groschkek, der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, zurück, er wolle beim nächsten Parteitag für das Amt nicht mehr kandidieren. Groschkek hatte das Amt im vergangenen Jahr nach der verlorenen Landtagswahl angenommen, seine Vorgängerin Hannelore Kraft trat am Wahlabend zurück. Als Datum für den kommenden Parteitag wurde bisher der 22. September gehandelt, Gerüchten zufolge würde dieser allerdings vorgezogen werden.

KOMMENTAR

»LIZENZ ZUM TÖTEN-ERFINDUNG DER ENGLÄNDER?«

Von Heino Wiese

Klar fällt einem bei allen Spionage-Geschichten immer zuerst James Bond ein, der ja eine Lizenz zum Töten hatte. In der britischen Realität soll es die nicht geben. Aber es gibt zahlreiche Veröffentlichungen, zum Teil von Ex-Agenten, die anderes erzählen. Ob in der Suez-Krise oder im Kampf gegen die IRA sind nachgewiesenermaßen Tötungsaufträge vergeben worden. Spektakulärer sind die Aktionen der CIA, die im Auftrag des amerikanischen Präsidenten Obama hunderte von sogenannten Terroristen mittels Drohne töteten.

Dass es auch bei den Russen die Tötung von »Verrätern« und »Terroristen« gibt, ist also auch wahrscheinlich. Dass aber Russland einen freigelassenen Doppelagenten kurz vor der Fußballweltmeisterschaft auf diese spektakuläre Weise töten sollte, ist mehr als unwahrscheinlich. Außerdem scheint der Agent auch viel zu unbedeutend und ungefährlich für Russland. Schon bei dem Agenten Litwinenko wurde mit Polonium eine exotische Form der Vergiftung gewählt, jetzt war beim ehemaligen Doppelagenten Skripal mit Nowitschok – ein bis 1988 in Usbekistan produziertes Nervengift – im Einsatz. Das mutet doch sehr merkwürdig an oder es gibt eine Logik, die sich einem normal denkenden Menschen nicht erschließt. Bei James Bond würde man sagen ein krankes Hirn wie das von Dr. No, Blofeld oder Largo steckt dahinter.

Dass die Engländer und in der Folge die Bündnispartner so spontan Russland und dem Präsidenten Putin ohne jeglichen Beweis die direkte Schuld zugewiesen hat, muss andere Gründe haben. Vielleicht will man doch noch die Fußball-WM boykottieren? Oder es dient wie häufig in der Geschichte dazu von eigenen Schwächen abzulenken? Jedenfalls kann ich nicht glauben, dass die Russen so blöd wären. Und in der Konsequenz fürchte ich mich vor weiteren Eskalationen. Es muss jetzt schnellstens Vernunft einkehren und der nüchterne Dialog wieder einsetzen.

BUNTES AUS BERLIN

OH YEAH! POPMUSIK IN DEUTSCHLAND

Das Museum für Kommunikation Berlin startet in dieser Woche mit einer neuen Ausstellung: »OH Yeah! Popmusik in Deutschland« zeichnet 90 Jahre Popmusik in Deutschland nach, beginnend beim Swing der 1920er über die Beat-Ära, Punk, Deutsche Welle, Techno, Hip Hop bis in die heutige Zeit. Mithilfe von Kopfhörern reist man durch die musikalische Vergangenheit Deutschlands. Präsentiert werden Hits und Kuriositäten. Aufgereiht entlang der Mainroad, auf der die Popmusik-Epochen dargestellt werden, kann man als Besucher in der Sound Lounge 60 Songs von Marlene Dietrich bis Pur nachhören. Gezeigt werden auch Plakate, Platten- und CD-Cover.

15. März bis 16. September, Museum für Kommunikation, Leipziger Straße 16, Berlin. Eintritt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Gugl-Hupf 

DEUTSCHE SPRECHEN SICH KLAR FÜR NETZNEUTRALITÄT AUS

Zufolge einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap im Auftrag des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet sprechen sich 74 Prozent der Deutschen für die sogenannte Netzneutralität aus. Dabei darf es keine Bevorzugung oder Benachteiligung von Datenübertragung von bestimmten Anbietern geben. Die Umfrage wurde gestartet, nachdem die USA die Netzneutralität de facto abgeschafft haben und Telekommunikationsunternehmen zusätzlich Gebühren fordern können, um die Geschwindigkeit der Datenübertragung zu gewährleisten, während ihre eigenen Inhalte bevorzugt übertragen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

WELTVERBRAUCHERTAG 2018: DIGITALE MÄRKTE GERECHTER MACHEN!



Foto: Susie Knoll
Sarah Ryglewski, MdB, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion

Der Onlinehandel hat die Art und Weise verändert, wie wir einkaufen. Wir haben Zugang zu Waren und Dienstleistungen aus der ganzen Welt. Fragen zum Datenschutz, zur Objektivität von Vergleichsportalen und zum souveränen Umgang mit E-Commerce-Angeboten werden dadurch immer drängender. Analoge Regeln zum Schutz der Verbraucher,

müssen auch für die digitale Welt gelten. Grundlagen dafür, dass jede und jeder von den vielfältigen Angeboten profitieren kann, sind für uns Netzneutralität und ein diskriminierungsfreier Netzzugang.

Verbraucherinnen und Verbraucher verlassen sich immer stärker auf Vergleichsplattformen. Wir Sozialdemokraten werden für mehr Transparenz darüber sorgen, welche Gegenleistungen Plattformen enthalten, inwieweit sie den Markt abdecken und ob sie somit einen echten Vergleich ermöglichen.

Die SPD hat in den Koalitionsverhandlungen viel für die Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht. Überall dort, wo die Vereinbarungen nicht weit genug gehen, werden wir weiter für klare, gesetzliche Regelungen kämpfen. Dies gilt insbesondere da, wo Daten zur Wahrung auf dem digitalen Markt werden, oder Algorithmen und Scoring immer häufiger in existenzielle Entscheidungen wie Kredite und Versicherungen und damit massiv in das Leben der Menschen, eingreifen.

AUSSENMINISTER MAAS MÖCHTE BEZIEHUNGEN ZU POLEN STÄRKEN

Der neue Außenminister Heiko Maas möchte die Beziehungen zum Nachbarland Polen stärken. Nachdem in den vergangenen Jahren Polen einen national-konservativen Kurs eingeschlagen hatte, waren die Beziehungen zunehmend abgekühlt.

Nachdem Heiko Maas bereits in Frankreich seinen Antrittsbesuch absolviert hat, ist er nach Warschau aufgebrochen, um mit Präsident Andrzej Duda, Regierungschef Mateusz Morawiecki und Außenminister Jacek Czaputowicz zu sprechen. »Wir haben deshalb eine gemeinsame Verantwortung da-

für, Europa zusammenzuhalten«, erklärte Maas vor Reiseantritt.

Polen stand zuletzt unter harter Kritik, da eine weitreichende Reform die Unabhängigkeit der Justiz bedrohen könnte. Sowohl die Europäische Kommission, als auch der polnische Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, hatten daraufhin die regierende PiS-Partei harsch angegriffen. Darüber hinaus sorgten die Positionen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und den Islam seitens der ehemaligen Ministerpräsidenten Beata Szydlo für Streit. Szydlo trat im Dezember zurück.

SLOWENIEN UND SLOWAKEI: RÜCKTRITTE DER REGIERUNGSCHEFS

Der slowenische Regierungschef Miro Cerar ist infolge eines Beschlusses des Obersten Gerichts Sloweniens zurückgetreten. Hintergrund des Rücktritts war die gerichtliche Annullierung eines Referendums zu einem Eisenbahnprojekt. Dieses sollte die Verbindung zum einzigen Hafen des Landes beschleunigen.

Das Oberste Gericht begründete den Beschluss damit, dass die Unterstützung der Regierung für das Projekt einseitig verlau-

fen sei. Dies solle die Abstimmung beeinflusst haben.

Ebenfalls ist der slowakische Ministerpräsident Robert Fico infolge des Mordes am Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Lebensgefährtin zurückgetreten. Kuciak recherchierte zuletzt, ob die Regierungspartei der Slowakei Verbindungen zur italienischen Mafia pflegen würde. 40.000 Menschen protestierten zuletzt gegen die Regierung und die verbreitete Korruption.

LUFTHANSA BRICHT VERSPRECHEN

Nach der Insolvenz der Airline Air Berlin übernahm die deutsche Lufthansa den Direktflug von Berlin Tegel (TXL) nach New York und versprach die Verbindung fortzuführen. Nun gab die Lufthansa bekannt,

dass die Linie wegen Unwirtschaftlichkeit eingestellt wird. Zwei andere Airlines, United Airlines und Delta Airlines, wollen die Strecke hingegen wegen gestiegener Nachfrage ausbauen.

NEUORDNUNG ENERGIEMARKT DURCH AUFTEILUNG VON INNOGY

Zu Beginn der Woche gaben die beiden Energieriesen RWE und Eon eine weitreichende Geschäftsvereinbarung bekannt: die RWE-Tochter Innogy soll zukünftig zwischen beiden Konzernen aufgeteilt werden. Eon will der Vereinbarung zufolge die RWE-Tochter Innogy übernehmen. Im Gegenzug übernimmt RWE 16 Prozent von Eon. Die Kartellbehörden müssen diesem Deal allerdings noch zustimmen, da bei einem Zusammenschluss ein Netzriese entstünde, der 45 Millionen Kunden in Europa mit Strom und Gas versorgen würde. Die Führungsspitze von Innogy wurde von diesem Schritt offenbar überrumpelt.

Beide Konzerne hatten die Zeichen der

Energiewende zu spät erkannt und waren nach dem Atomaus in Folge des Gaus in Fukushima massiv in Schwierigkeiten geraten. Eine Bündelung der Konzerne soll nun zukunftsfit machen. Die Aufteilung sähe vor, dass sich RWE künftig um die Stromerzeugung kümmert, während Eon den Netzbetrieb sicherstellt und Gas und Strom zum Kunden bringt. In der Folge hätte Eon bald kein Kraftwerk mehr, stiege aber zum größten Verteilnetzbetreiber des Landes auf. In der Konsequenz bedeute dies auch die Zerschlagung von Innogy, bei dem 41.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Das Unternehmen wäre dann nach nur zwei Jahren schon wieder Geschichte.

SALZGITTER APPELLIERT FÜR SCHUTZ GEGEN US-STRAFZÖLLE

Heinz Jörg Fuhrmann, Chef von Deutschlands größtem Stahlerzeuger, der Salzgitter AG, fordert Schutzmaßnahmen gegen die geplanten Einfuhrzölle für Stahl und Aluminium in die USA. Salzgitter hatte 2017 den höchsten Vorsteuergewinn seit 2008 erzielt, man sei mit den Prognosen für das laufende Geschäftsjahr jedoch verhalten. Nachdem US-Präsident Donald Trump verkündet hatte, er wolle Importzölle auf Stahl einführen, verloren die Salzgitter-Papiere um 18 Prozent an Wert. Man sei sich jedoch bewusst, dass diese Entwick-

lung nicht mit dem Unternehmen direkt zusammenhängen, da Salzgitter nur wenige Geschäftsaktivitäten in Nordamerika hat. Nichtsdestotrotz befürchtet man, dass Stahl aus Drittstaaten aufgrund der Importzölle den europäischen Markt überfluten könnte, was einen Wertverfall hervorrufen würde.

Der europäische Stahlverband Eurofer schätzt, dass jährlich bis zu 13 Tonnen Stahl zusätzlich angeboten werden könnten. Fuhrmann forderte die Politik auf, den europäischen Markt davor zu schützen.

BERND OSTERLOH BLEIBT BETRIEBSRATSCHEF VON VOLKSWAGEN

Bernd Osterloh, der wegen seines hohen Jahresgehalts bei Volkswagen in die Schlagzeilen gekommen war, wurde erneut als Betriebsratschef des Automobilherstellers bestätigt.

Osterloh, der bei der Betriebsratswahl an der Spitze der Liste der IG Metall stand, erhielt mit 86 Prozent der Stimmen eine klare Mehrheit. 70.000 Personen waren wahlberechtigt.

Der erneut bestätigte Betriebsratschef verkündete, dass es sich um seine letzte

Amtszeit handeln würde, er jedoch die Dringlichkeit dafür sieht dem krisengebeutelten Konzern Kontinuität zu geben. Vor allem für die Mitarbeiter sei dies wichtig. Die Metaller fordern unter anderem, dass bei Volkswagen künftig Anstellungsverhältnisse mit Befristung und keine Leiharbeit mehr geschlossen werden sollen. Ferner solle der Fokus auf die Sicherung der Beschäftigung liegen. In Wolfsburg werden jährlich weniger als 800.000 Fahrzeuge produziert, eine schwache Auslastung.

PERSONALIEN

REHLINGER IST VORSITZENDE DER SPD SAARLAND

Anke Rehlinger (41) ist am 10. März auf einem Landesparteitag der SPD Saarland zur neuen Vorsitzenden gewählt worden. Die Delegierten stimmten mit 94,5 Prozent für sie. Sie folgt auf Heiko Maas, der das Amt nach 17 Jahren abgab.

SUDER VERLÄSST DAS BUNDESVERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM

Katrin Suder (46), seit 2014 beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung, wird das Ministerium verlassen. Suder sind die Abteilungen Ausrüstung und Cyber/Informationstechnik unterstellt. Ihr Ausscheiden aus dem BMVg wird als herber Rückschlag für Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen gewertet, die die Unternehmensberaterin vor vier Jahren angeworben hatte.

NUSSBAUM SOLL STAATSEKRETÄR IM BMWI WERDEN

Der frühere Bremer und spätere Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum (60) soll beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) werden. Medienberichten zufolge sollen ihm die Wirtschafts-, Industrie- und Außenwirtschaftsabteilung unterstellt werden. Bundeswirtschaftsminister der neuen Bundesregierung wird Peter Altmaier (CDU). Nußbaum war von 2003 bis 2007 Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen.

»DIE BRESCHNEW-DOKTRIN«

Am 17. März findet eine Diskussionsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zum Thema »Die Breschnew-Doktrin – Vom Prager Frühling 1968 bis zu ihrer Aufgabe 1989« statt, unter anderem mit dem ehemaligen tschechischen Botschafter František Cerný, dem Direktor des Deutsch-Russischen Museums Dr. Jörg Morré und dem Historiker Dr. Peter Ruggenthaler. Der Beginn ist um 17 Uhr. Veranstaltungsort: Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin. Eine Anmeldung ist erforderlich.

WORTE DER WOCHE

»Wenn man euch Rassisten nennt, dann tragt das wie ein Ehrenabzeichen.«

Der ehemalige Präsidentenberater Steve Bannon auf dem Parteitag des Rassemblement National, vormals Front National, in Frankreich.

»Mein Mann ist ein Mensch, der macht sehr viel mit sich selbst aus. Aber wenn ihm die Kinder SMS schicken, denkt er schon darüber nach.«

Karin Seehofer, Ehefrau von Bundesinnenminister Horst Seehofer, auf die Frage ob ihr Mann auf irgendjemanden höre. Wolfradezen.

»Das wäre alles nicht passiert mit einem Kandidaten, der gleichzeitig gehen und Kaugummi kauen kann.«

Der Direktor einer republikanischen Wahlkampforganisation äußerte sich über den eigenen Kandidaten nach den Nachwahlen in Pennsylvania, die ein Demokrat gewann.

»Ich warne immer etwas davor, wenn Menschen, die, so wie er oder wie ich, gut verdienen, versuchen zu erklären, wie man sich mit Hartz IV fühlen sollte.«

Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Generalsekretärin kritisiert die Hartz-IV-Außerungen von Jens Spahn.

»Falls es einen Dritten Weltkrieg gibt, sollten wir sicherstellen, dass es anderswo genügend menschliche Zivilisation gibt, um sie zurückzubringen.«

Elon Musk, Tesla- und SpaceX-Gründer, über die Pläne zu seiner ersten Mars-Rakete.

»Ich glaube, sie wollen Frieden schließen.«

Donald Trump, US-Präsident, zu Nordkoreas Absichten in den geplanten Gesprächen.

»Ich brauche keine Überlebensstrategie, sondern ich werde sehr komfortabel in die nächsten Jahrzehnte gehen.«

Rainer Seele, Chef des Wiener OMV-Konzerns, glaubt an eine starke Zukunft im Öl- und Gasgeschäft.

»Es gibt viele Neuköllns in Deutschland.«

Franziska Giffey, neue Bundesfamilienministerin, will sich in ihrem Amt vor allem um die Städte und Gemeinden mit viel Kinderarmut kümmern.

»Man muss sich ja schon fragen, warum wir hier in Europa zehn Prozent Zoll auf amerikanische Autos erheben.«

Herbert Diess, VW-Markenchef.

TERMINE

19.3. UNITED AGAINST NUCLEAR IRAN ZUM STAND DES ATOMABKOMMENS

Diskussionsveranstaltung von United Against Nuclear Iran zum Thema »Iran and the Transatlantic Relationship: Does the nuclear deal stand a chance?«, mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, August Hanning, dem ehemaligen polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski und dem ehemaligen National Intelligence Manager für Iran im Büro des Director of National Intelligence Norman T. Roule. European School of Management and Technology, Schlossplatz 1, 10178 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 18 Uhr.

19.3. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG ZU DEN WAHLEN IN RUSSLAND

Diskussionsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema »Russland nach den Wahlen«, mit dem ehemaligen Spiegel-Korrespondenten in Moskau Christian Neef, dem ehemaligen Berater der Präsidentschaft, Gleb Pavlovskij und dem Historiker Prof. Andrij Portnov. Auditorium Friedrichstraße, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich) Beginn: 19 Uhr.

21.3. SCHWARZKOPF-STIFTUNG ZU EGON BAHR'S LETZTER REDE IN MOSKAU

Vortragsveranstaltung der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa in der Reihe Historische Reden an Europa zum Thema »Egon Bahrs letzte Rede in Moskau«, mit dem Vorsitzenden des Deutsch-Russischen Forums Matthias Platzeck/Mendelssohn-Remise am Gendarmenmarkt, Jägerstraße 51, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 18 Uhr.